

Rätsel um eine Erwärmung, die nicht vom Menschen ausgelöst wurde*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 28. Juli 2024

=====

Dagmar Jestrzemiński (Red. PAZ)*

Neu in den Fokus geratene Forschungen aus dem 20. Jahrhundert bringen gängige Erklärungen des „Klimawandels“ ins Wanken – Etablierte Wissenschaftler geben sich verblüffend zugeknöpft.

=====

Beim Durchblättern eines Exemplars von „Westermann's Monatsheften“ Nr. 1 aus dem Jahr 1955 stößt man auf einen Artikel mit der Überschrift „Rätsel um Grönland“. Darin wird über eine kurz zuvor durchgeführte britische Expedition in den Norden der eisigen Insel berichtet, die überraschende Erkenntnisse erbracht habe: „Nachdem bereits 1951 ein britischer Seeoffizier, C.J.W. Simpson, bei einer Erkundungsfahrt im Norden Grönlands einen See gefunden hat, der später den Namen Lake Britannia erhielt, wurden in den letzten beiden Jahren (1952 bis 1954) durch eine offizielle englische Expeditionsfahrt weitere Untersuchungen angestellt, die zu einer ganz neuen Theorie geführt haben. Ein Gletscherforscher, ein Meteorologe und ein Funker hielten während der letzten zwei arktischen Winter eine Station besetzt. Ihre Beobachtungen und Messungen werden zur Zeit noch ausgewertet. Man erwartet von ihnen wichtige Anhaltspunkte für die neue Inlandeis-Theorie. Auch die sowohl von Alfred Wegener als auch von einer späteren französischen Expedition aufgestellte Behauptung, die Oberfläche des grönländischen Festlandes liege unter dem Meeresspiegel, wird zur Stützung der neuen Auffassung angeführt.“

Die Autoren des Beitrags wagen nach diesen Befunden einen überraschenden Blick in die damalige Zukunft: „Möglicherweise wird es nicht mehr lange dauern, bis die Natur das Geheimnis um die ‚Insel‘ Grönland selber lüftet. Spezialisten unter den Meteorologen rechnen mit einer stetigen Erwärmung des Klimas im Nördlichen Eismeer. In 25 Jahren, so behaupten sie, würden Schiffe bis in die Nähe des Nordpols vordringen können.“ Staunend rechnet man sich vor, dass, hätte sich diese Prognose bewahrheitet, der Weg bis in die Nähe des Nordpols bereits Ende der 1970er Jahre eisfrei gewesen wäre. Was ist davon zu halten, und warum ist darüber nichts Näheres bekannt?

Der kurze Bericht wirft diese Fragen auf, die unbedingt beantwortet

werden müssen. Um Näheres zu erfahren, wurde 2021 eine Anfrage an das interdisziplinär ausgerichtete Forschungsinstitut Helmholtz-Zentrum Hereon in Geesthacht gestellt. Der Pressesprecher antwortete bedauernd, leider könne keiner der Fachkollegen Auskunft dazu erteilen. Erst mit einiger Verspätung traf von Hereon doch noch der Hinweis auf eine 2018 erschienene Studie von Hegerl et al. mit dem Titel „The early 20th century warming: Anomalies, causes, and consequences“ ein.

Warum es plötzlich wärmer wurde

Die Studie lieferte die verblüffende Erkenntnis, dass es sich bei dem Untersuchungszeitraum von etwa 1890 bis 1950 um den nach Aussage der Autoren „stärksten Temperaturrekord in geschichtlicher Zeit noch vor der gegenwärtigen Klimaerwärmung“ gehandelt habe. Wie ist es möglich, dass im Forschungszentrum Hereon niemand in der Lage war, Auskunft zu der tatsächlich kaum bekannten und erst neuerdings ansatzweise untersuchten Klimaanomale während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu geben? Haben die Institutswissenschaftler die Erforschung der verblüffenden Klimaanomale vernachlässigt, da sie nicht mit der Begründung der menschengemachten CO₂-Emissionen als Hauptursache des gegenwärtigen Klimawandels in Einklang zu bringen ist?

Nachträglich lieferte das Hereon-Zentrum den etwas hilflos wirkenden Versuch einer angemessenen Kommentierung: „Externe Einflüsse“ und eine dekadische Schwankung hätten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts „zu regional unterschiedlichen und zum Teil extremen Klimaschwankungen geführt, wobei es nach den Erkenntnissen der Fachkollegen nicht eindeutig ist, welcher Prozess sich wann und wo niedergeschlagen hat“.

Gigantische Eisschilde bilden das grönländische Inlandeis. Veränderungen der Eisschilde werden durch den Gletscherfluss und durch Schneefall beeinflusst. Deutsche, dänische und britische Forscher sammeln seit Jahrzehnten im Nordosten und Südwesten Grönlands Daten, um die hochkomplexen Wechselwirkungen zwischen dem grönländischen Eisschild und dem Ozean zu erforschen.

Dürren und Hitzerekorde

Ziel ist es, Erkenntnisse über Ursachen und Folgen des seit einigen Jahrzehnten in der Arktis überproportionalen Temperaturanstiegs zu gewinnen. Doch auch die Polarwissenschaftler des Bremerhavener Alfred-Wegener-Instituts tragen offenbar ausschließlich Beobachtungen zum derzeitigen starken Rückgang des arktischen Gletscher- und Meereises in die Öffentlichkeit. Dabei widerspricht die 1950/52 von den Briten vorgefundene Situation der gängigen Auffassung, dass der Schwund des arktischen Eisvolumens überwiegend auf einen starken Anstieg des CO₂-Ausstoßes zurückzuführen sei.

Die 2018 veröffentlichte Studie lässt nur den Rückschluss zu, dass die Serie von Dürren und Hitzerekorden seit Ende des 19. Jahrhunderts durch Rückkopplungen von extremen Naturereignissen ausgelöst wurde. Erhöhte

Obertemperaturen des pazifischen Ozeans und mehrere Jahre eines schwachen indischen Monsuns vor 1900 hatten in Indien und Australien jahrelange Hungerkrisen zur Folge. In Spitzbergen wurde in den Jahren 1919 bis 1925 eine arktische Erwärmung um drei Grad Celsius gegenüber den Jahren 1913 bis 1918 gemessen. Die arktische Anomalie wirkte sich in den 1930er in Teilen der USA, Mexikos und Kanadas aus, wo es zu einer Reihe von Hitzerekorden kam.

Die „Dust Bowl“ in den Great Plains während der 1930er Jahre ist in der kulturellen Erinnerung der USA fest verankert. Durch eine umfassende Untersuchung der Ursachen des in dem kurzen Zeitraum aufgetretenen Temperatursprungs böte sich die Möglichkeit, eine der wichtigsten Fragen der Gegenwart zu beantworten, nämlich ob ein Temperatursprung zwangsläufig in Zusammenhang mit einem CO₂-Anstieg in der Atmosphäre steht. In diesem Fall scheint ein Zusammenhang nicht plausibel.

In diese kurze Heißzeit fiel der Untergang der Titanic am 15. April 1912 durch Kollision mit einem Eisberg 550 Kilometer südöstlich von Neufundland auf Höhe des 42. Breitengrades. Im Unglücksjahr drifteten nach neuen Erkenntnissen mindestens 1038 Eisberge vom Rand der grönländischen Gletscher südwärts über den 48. Breitengrad hinaus. Die Meteorologen Grant Brigg und David Wilton von der University of Sheffield untersuchten die extrem ungewöhnliche Situation.

Sie rekonstruierten die wahrscheinliche Herkunft und den Driftweg des etwa 120 Meter langen Eisbergs, mit dem die Titanic kollidierte. „Wenn ein Eisberg auf dem 42. Breitengrad noch immer über 100 Meter groß ist, muss er als gewaltiger Koloss von einem grönländischen Küstengletscher gekalbt sein“, so die Wissenschaftler. 1912 sei aber in dieser Hinsicht weder das letzte noch das gefährlichste Jahr für Schiffe auf der Nordatlantikroute gewesen. Zwischen 1901 und 1920 habe es fünf weitere Jahre mit ähnlicher Größenordnung gegeben, und seit den 1990er Jahren habe die Eisbergdichte im Nordatlantik mehrmals ähnlich hohe und sogar höhere Werte als 1912 erreicht. Eine extrem hohe Anzahl wurde 2017 gemeldet.

Das Staunen der Forscher

In Wissenschaftskreisen war man daher von einem 2019 veröffentlichten Ergebnis des NASA-Projekts „Oceans melting Greenland“ (OMG) überrascht. Es zeigte sich nämlich, dass der größte und produktivste Gletscher Grönlands, der im Südwesten der arktischen Insel gelegene Jakobshavn-Gletscher, seit den 2010er Jahren durch Zufluss von kaltem Wasser wieder wächst und am Rand vorstößt. Von 2000 bis 2010 hatte der Gletscher mehr Bruchstücke aus festem Eis verloren als jeder andere des grönländischen Eisschildes. Laut dem NASA-Bericht floss eine Menge von Süßwasser ins Meer ab, die einem globalen Meeresspiegelanstieg von fast einem Millimeter entsprach. Trotz der derzeitigen Umkehr der vorherigen Entwicklung rechnen die Wissenschaftler mit einer „nur kurzen Atempause“ für den Gletscher.

Verschüttetes Wissen

Zurück zur „British North Greenland Expedition“ (BNGE). Erst die Begeisterung eines britischen Ruheständlers und „Kryosphären-Nerds“ brachte 2021 die britische Grönlandexpedition der Nachkriegszeit wieder in Erinnerung. Als Kryosphäre werden im Klimasystem der Erde alle Formen von Eis, außer dem Eis in den Wolken, und von Schnee bezeichnet. Auf dem renommierten Non-Profit-EGU-Wissenschaftsblog „Cryospheric Sciences Division“ erschien ein Artikel mit dem Titel (übersetzt) „Wiederentdeckung der britischen Nordgrönland-Expedition 1950–52“. EGU ist die Abkürzung für „European Geosciences Union“. Die Organisation gilt als die wichtigste in Europa für Erd-, Planetarische und Weltraumwissenschaften. Autor des Artikels ist Neil Ross, ein Senior-Dozent für Physikalische Geographie an der Universität Newcastle.

Er berichtet, dass er 2011 auf ein seltenes Buchexemplar aus dem Jahr 1957 mit dem Titel „High Arctic: The Story of the British North Greenland Expedition (BNGE)“ gestoßen sei. Verfasser war ein Teilnehmer der BNGE namens Banks. Ross äußerte seine Verwunderung darüber, dass in den Kreisen der auf dem „Cryosphere-Blog“ publizierenden Wissenschaftler und Polarhistoriker niemand Kenntnis von dieser wichtigen wissenschaftlichen und militärischen britischen Expedition in den Norden Grönlands zu haben schien. Diese wurde seinerzeit aufgrund von militärstrategischen Erwägungen und geplanten Erkundungsfahrten unternommen.

Die Hauptbasis der BNGE unter Leitung von Commander James Simpson wurde 1952 am Nordufer des Lake Britannia (dänisch Britannia Sø) errichtet, gelegen am Nordrand der bergigen Region Queen Louise Land und westlich des mächtigen Storstrømmen-Gletschers. Südöstlich befindet sich in 100 Kilometer Entfernung als einziger bewohnter Ort der Region eine dänische Wetterstation. In den 1980er Jahren hatten die Dänen festgestellt, dass das Basislager der Briten wenige Jahrzehnte nach seiner Errichtung unter dem wieder vorrückenden Britannia-Gletscher verschwunden war.

Ungeachtet der weiteren Entwicklung muss die Frage beantwortet werden: Welche natürlichen Ursachen hatte der in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts erfolgte, sehr rasche Temperaturanstieg in der Nordpolarregion?

Neue Ansätze müssen her

Der Bericht von 1955 und die NASA-Veröffentlichung von 2019 ergeben für die Wissenschaft den Auftrag, die komplexen Ursachen von Klimaschwankungen, Gletscherschwund und Gletscherwachstum in Vergangenheit und Gegenwart mit neuen Ansätzen zu untersuchen. Bislang wird die Öffentlichkeit ausschließlich mit einseitigen Klimaprognosen ohne Zusatzinformationen versorgt, beispielsweise auf dem Blog „Meereisportal“: „Das Meereis schwindet im Klimawandel rasant – mit Folgen für die gesamte Erde. Wir sind Experten für Meereis. Hier teilen

wir unser Wissen – aktuell, wissenschaftlich fundiert und leicht verständlich. Für die beobachteten Veränderungen der Eisausdehnung und Meereisdicke kommen verschiedene Ursachen in Frage. Sie können sowohl thermischer wie dynamischer Natur, natürlich oder anthropogen bedingt sein. Man nimmt an, dass um 2100 selbst in dem Monat mit der stärksten Eisbedeckung fast nur noch einjähriges und dünnes Eis den Arktischen Ozean bedecken wird.“

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 26. Juli 2024, S.12 ; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie der Autorin **Dagmar Jestrzanski** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln :

<https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text:*
EIKE-Redaktion.

=====

Energiewende: „Nichts ist ‚grün‘ bei den Wind-zu-Wasserstoff-Projekten“

)*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 28. Juli 2024

=====

*Dagmar Jestrzanski (Red. PAZ)**

Deutschland rüstet sich für den Import großer Mengen „grüner“ Energieträger. Aber in den Exportländern wächst an der Basis der ökologische Widerstand

=====

Der neue Chef des Unternehmensverbandes Hafen Hamburg e.V., Ulfert Cornelius, spricht von einem „Transitionsprozess“ des Hamburger Hafens. Auf einem großflächigen Terminal kommen neue Industrieanlagen für Import, Aufbereitung und Weitertransport von „klimafreundlichen Energieprodukten“ in die Genehmigungsphase. Der US-Industriegasproduzent Air Products und das Hamburger Energieunternehmen Mabanft investierten bis Januar 2023 bereits eine Milliarde Euro in den Aufbau von

Verarbeitungsindustrien und einer Vertriebsinfrastruktur für „grünen Wasserstoff“ und „grünes Ammoniak“.

„Grüner Wasserstoff“ und sein Trägermedium Ammoniak sollen an rund einem Dutzend Standorten im Ausland mit Unmengen von Strom aus Wind- und Solarenergie produziert werden. In flüssiger Form soll das Ammoniak laut Planung ab 2027 mit großen Tankschiffen aus Saudi-Arabien zum Hamburger Hafen befördert werden. Dort erfolgt in einer Crackeranlage die Aufspaltung des Ammoniaks in die Bestandteile Wasserstoff und Stickstoff. Bis 2030 entsteht laut Cornelius ein Bedarf von etwa acht Millionen Tonnen Wasserstoff und 40 Millionen Tonnen Ammoniak. Der Import müsse dann über mehrere Häfen abgewickelt werden.

Widerstand in Kanada

Dabei wird erstaunlicherweise ausgeblendet, mit wie vielen Risiken die Wasserstoffstrategie behaftet ist. So wurden sämtliche seit 2022 geschlossenen Wasserstoffabkommen zwischen Deutschland und rund einem Dutzend Partnerländern überwiegend im globalen Süden von den Eliten dieser Länder vereinbart. Man hatte vorausgesetzt, dass sich die Einwohner vor Ort in Afrika, Lateinamerika und Kanada in das über sie verhängte Schicksal fügen und den Bau der gewaltigen Wind- und Solarparks hinnehmen würden. Doch das ist nicht der Fall.

Als Folge des deutsch-kanadischen Wasserstoffabkommens Port-au-Port/Stephenville müssten im Südwesten Neufundlands auf der kleinen Halbinsel Port-au-Port und im benachbarten Codroy Valley zwei Windparks mit 150 beziehungsweise 160 200-Meter-Windrädern errichtet werden. Am 9. Juni hatte das Umweltministerium der Provinz Neufundland/Labrador die Genehmigung des Projektes bekannt gegeben. In einem offenen Brief an die provinzielle Regierung fordern jetzt die Mitglieder des Vereins Environmental Transparency Committee Port-au-Port (ETC) die Rücknahme der Genehmigung. Laut ETC wurde die Umweltprüfung trotz gravierender Fehler und Lücken als ausreichend bewertet. Zudem sei das Vorhaben zwischenzeitlich um 150 Windräder im Codroy Valley aufgestockt worden. Es habe keine Kommunikation zwischen der Regierung und den Einwohnern gegeben, darunter Angehörige der Qalipu First Nation. Damit verstoße die Regierung gegen das Minderheitengesetz.

Die Regierung müsse außerdem ihre Politik der Fördermittelvergabe ändern, von denen im vorliegenden Fall das Konsortium WEGH2 enorm profitieren würde. „Nichts ist ‚grün‘ bei den Wind-zu-Wasserstoff-Projekten. Sie sind nur möglich durch Zerstörung von Land, Gewässern und Gemeinschaften.“ Die Regierung habe kein Mandat für Umweltfrevel auf dem Kronland Neufundlands. Wörtlich heißt es: „Wir sind Kanarienvögel in der Kohlemine. Wir singen laut. Werden wir zu weiteren Aktionen gezwungen sein, mit hoffentlich legalen Mitteln?“

Widerstand in Namibia

Auch in Namibia hält der zivilgesellschaftliche Widerstand gegen das

deutsch-namibische Wasserstoffprojekt „Hyphen Hydrogen Energy“ an. Laut einem aktuellen Bericht von hydrogeninsight.org äußern die im Dachverband Namibian Chamber of Environment (NCE) organisierten Umweltschützer öffentlich „Wut auf die deutsche Regierung“, weil diese das Drei-Gigawatt-Wasserstoffprojekt im streng geschützten Tsau-Khaeb-Naturreservat stark fördere.

Der Plan, dort gigantische Sieben-Gigawatt-Wind- und -Solarparks zu errichten, um „grünen“ Strom für die Wasserstoff- und Ammoniakproduktion bereitzustellen, sei „moralisch falsch“. Aus dem ehemaligen Sperrgebiet an der Atlantikküste soll ab 2027 Ammoniak auf dem Seeweg nach Deutschland exportiert werden. Der Tsau-Khaeb-Nationalpark ist ökologisch so wertvoll, dass dort nicht einmal Öko-Tourismus gestattet ist. Es sei davon auszugehen, dass die Industrialisierung den global wichtigen Biodiversitäts-Hotspot mit seinen zahlreichen seltenen Pflanzen und Tieren vernichten würde.

Desgleichen prangert die unabhängige Denkfabrik Transnational Institute (TNI) die Wasserstoff-Projekte reicher Nationen wie Deutschland in Afrika an. Sie geht der Frage nach: „Wer profitiert vom Grüne-Energien-Rausch?“ Diese Industrien würden internationalen Investoren öffentliche Gelder in die Tasche spülen, während die Gemeinschaften vor Ort durch die Ausbeutung ihrer Lebensräume schwerste Beeinträchtigungen zu erleiden hätten.

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 19. Juli 2024, S.7 ; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie der Autorin **Dagmar Jestrzanski** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln :

<https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text:*
EIKE-Redaktion.

=====

Energiewende: Zu viele überdachte Äcker*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 28. Juli 2024

=====

Dagmar Jestrzemiński (Red.PAZ)* :
Alles für Grünen Strom :

Solaranlagen in der Landwirtschaft auf dem Vormarsch

=====

Die italienische Regierung hat ein neues Dekret erlassen, wonach die Installation von Solaranlagen auf produktiven landwirtschaftlichen Flächen verboten ist. Ziel des Dekrets ist es, die „Verödung“ von Agrarflächen zu verhindern. Nicht davon betroffen sind Projekte, die sich bereits in der Genehmigungsphase befinden. Desgleichen Agri-Photovoltaik, also die gleichzeitige Nutzung von Anbauflächen für Ackerbau und Solaranlagen.

Landwirtschaftsminister Francesco Lollobrigida erklärte, dass die Stromerzeugung mit Photovoltaik weiterhin auf Flächen wie Steinbrüchen oder in Industriegebieten erlaubt ist. Während der Photovoltaik-Verband „Italia Solare“ Kritik an der Entscheidung äußerte, begrüßte der Landwirtschaftsverband Coldiretti den Schritt. Dieser sei notwendig, um den Spekulationen großer Investmentfonds Einhalt zu gebieten, welche die landwirtschaftliche Produktion gefährden.

Während die Degradierung der Böden in Italien als dunkle Kehrseite der Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PVA) auf Äckern angesprochen wird, bleibt eine Recherche im deutschen Internet nach entsprechenden Warnungen und Hinweisen ergebnislos. Deutschland ist immer noch Spitze, nämlich wenn es darum geht, mit dem Begriff „Klimaschutz“ Bedenken auszuhebeln und wirklich Schutzbedürftiges hintanzustellen. Dank der von der Regierung entfachten Begeisterung für den sogenannten Ökostrom, dank der ständigen Meldungen über Extremwetter und Hitzerekorde in den Leitmedien und nicht zuletzt dank der Billigimporte aus China sind für die Investoren dieses lukrativen Geschäftsmodells inzwischen wohl die letzten Schranken gefallen.

Der politisch gewollte Vormarsch der PVA in der Landschaft schmälert und verschlechtert nicht nur den Lebensraum von Vögeln und Insekten, sondern gefährdet das Bodenleben selbst. Eine Handvoll lebendigen Bodens enthält mehrere Milliarden Bakterien. Die häufig in Hinterzimmern verabredete Zweckentfremdung und Kapitalisierung der Agrarlandschaft hat aber nicht nur eine dauerhafte Verringerung der Nahrungsmittelproduktion zur Folge.

Umweltbelastung als Tabuzone

Verschwiegen wird auch die häufige Überhitzung der Solarkollektoren mit der Folge, dass diese paradoxerweise zur Erwärmung der Atmosphäre beitragen, während sie gemäß dem politischen Klimaschutznarrativ als eine Hauptenergiequelle des „grünen Stroms“ einen Beitrag zur Einhaltung der Klimaschutzziele leisten.

Die fachlich zuständigen Institute und Verbände sind es gewohnt, die Umweltbelastung durch die Wind- und Solarindustrie als eine Tabuzone zu behandeln, deren Betreten unerwünscht ist.

So umschiffte der Bundesverband Boden e.V. in seinem Bodennetzwerk „Bodenwelten“ unter dem Stichwort „Boden schützen/Boden und Solarenergie“ eine eigene Stellungnahme mittels einer anekdotischen Erzählung: „Es werden jedoch auch zunehmend Photovoltaikanlagen auf ehemaligen Ackerflächen errichtet. Diese sog. Solar-Äcker garantieren als Photovoltaik-Freiflächenanlagen hohe Erträge, aber es gibt auch Gegenstimmen (Zitat): ‚Photovoltaik-Anlagen auf Ackerflächen sorgen im doppelten Sinne für einen Flächenverbrauch‘, betonte ein Landwirt im Bauausschuss. ‚Die Ackerfläche wird endgültig versiegelt und ist für den Anbau von Pflanzen für die Nahrungsmittel-Erzeugung nicht mehr verwendbar.‘“

Ohne bodenkundliche Expertise

Vor dem Hintergrund der aktuell nochmals gelockerten Gesetzgebung für PVA hat die Umweltministerkonferenz bei einem Ingenieurbüro eine Studie in Auftrag gegeben. Deren Titel „Bodenschutz bei Standortauswahl, Bau, Betrieb und Rückbau von Freiflächenanlagen für Photovoltaik und Solarthermie“ deutet darauf hin, dass es um Schadensbegrenzung geht.

Lediglich für den Bau und den Rückbau der Solaranlagen ist eine „bodenkundliche Begleitung“ vorgeschrieben. „Bodenschutz“ bezieht sich auf die „Sicherstellung einer fachgerechten und ressourcenschonenden Durchführung der Planung sowie des Baus, Betriebs und Rückbaus von PVA“. Unvermeidbare Schäden sollen minimiert werden, so die „Austrocknungseffekte unter den Modulanlagen“, die Bodenversiegelung und Bodenverdichtung.

Die Antragsteller müssen keine bodenkundlichen Untersuchungen zu den beanspruchten Flächen vorweisen, etwa um die Bodenfruchtbarkeit festzustellen, damit wertvolle landwirtschaftliche Flächen tatsächlich von einer PV-Überdachung ausgenommen werden, wie es in einem Beschluss des Bundesumweltministeriums gefordert wird, ohne jedoch Auflagen zu benennen.

Desgleichen sind landwirtschaftlich genutzte Moorböden nicht mehr von der Nutzung für PVA ausgenommen. Damit ist die Schutzwürdigkeit von Agrarflächen praktisch aufgehoben.

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen**

Zeitung; 24. Mai 2024, S.7; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie dem Autor **Dagmar Jestrzanski** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln :
<https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text:* EIKE-Redaktion.

=====

Globales Klima: Zweifel an Wetterdaten wachsen*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 28. Juli 2024

=====

Wolfgang Kaufmann (Red. PAZ)*

Die Manipulationen erfolgen offenbar so, dass der Klimawandel extremer erscheint, als er ist.

=====

Ständig melden die Medien neue Temperaturrekorde. Diese basieren jedoch auf Wetterdaten, die auf äußerst dubiose Weise manipuliert werden. Das hat der dänische Professor für Geowissenschaften Ole Humlum in seinem jüngst publizierten Bericht „State of the Climate 2023“ aufgedeckt. Darin verwies er auf die Datenbank GISS des Goddard Institute for Space Studies der US-amerikanischen Weltraumbehörde NASA zur Dokumentation der Oberflächentemperaturen auf der Erde. In dieser kommt es zu ständigen „administrativen Änderungen“, woraufhin sich auch die globale Durchschnittstemperatur verändert. Grund für die Anpassungen soll der verspätete Eingang von Daten sein. Allerdings betreffen die Änderungen auch sehr weit zurückliegende Jahre.

Bemerkenswert ist die Tendenz des Ganzen. Während die Temperaturen im Zeitraum von 1910 bis 1970 von der NASA seit Mai 2008 kontinuierlich nach unten korrigiert wurden, führten die Änderungen der Werte nach 1970 zu höheren Temperaturen, als sie die GISS-Datenbank zuvor vermeldete. Daraus ergab sich eine Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur zwischen 1910 und 2000 um 0,67 Grad, während man bei der NASA Anfang 2008 noch von 0,45 Grad ausging.

Hierzu schreibt Humlum:

„Dies entspricht einem Anstieg von etwa 49 Prozent, was bedeutet, dass etwa die Hälfte des ... globalen Temperaturanstiegs von Januar 1910 bis Januar 2000 ... auf administrative Änderungen der ursprünglichen Daten zurückzuführen ist.“

Daraus zieht der Däne folgenden Schluss: „Da sich die Vergangenheit nicht ändert, kann ein Datensatz, der ständigen Veränderungen unterworfen ist, die Vergangenheit ... nicht immer korrekt beschreiben.“

Ähnlich dreist wie die NASA agiert auch die National Oceanic and Atmospheric Administration (NOAA), die dem Handelsministerium der Vereinigten Staaten untersteht. Diese präsentiert Wetterdaten aus einem seit rund hundert Jahren existierenden Netzwerk von Messstationen in allen Regionen der USA, die tagtäglich den höchsten und niedrigsten Temperaturwert melden. Wie der US-amerikanische Meteorologe und Oberstleutnant a. D. John Shewchuck unlängst enthüllte, existieren aber lediglich noch zwei Drittel der einstmaligen 1218 Stationen des U.S. Historical Climatology Network (USHCN). Dennoch fließen die „Daten“ der verschwundenen Stationen weiter in die Wetter- und somit auch Klimastatistiken ein. Die NOAA verwendet hierzu einfach den Mittelwert der Messergebnisse in den umliegenden realen Stationen. In manchen Regionen liegen diese allerdings über 200 Kilometer entfernt.

Darüber hinaus liefern aber auch viele der noch vorhandenen Wetterstationen grob falsche Werte, weil sie an ungeeigneten Stellen stehen. Dazu zählen dicht bebaute Gebiete, in denen es zu Wärmestaus kommt, Kläranlagen, in denen Gärprozesse zu höheren Temperaturen führen, Flugplätze mit ihren großen aufgeheizten Betonflächen und das Umfeld von Verkehrswegen, Industriebetrieben und Kraftwerken. Shewchuk geht davon aus, dass nur noch zehn Prozent der übriggebliebenen Wetterstationen korrekt platziert sind.

Noch skeptischer ist Anthony Watts vom Heartland Institute in Chicago:

Der ermittelte 2008 einen Anteil von falsch aufgestellten Stationen von 89 Prozent

und korrigierte diesen Wert dann 2022 nach weiteren Vor-Ort-Überprüfungen auf 96 Prozent.

Außerdem wies er nach, dass die Wettersatelliten der NASA bessere Ergebnisse liefern, was die Oberflächentemperatur betrifft. Aber diese werden dann ja ihrerseits administrativ verändert.

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**;

17. Mai 2024, S.6; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie dem Autor **Wolfgang Kaufmann** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text*; EIKE-Redaktion.

=====

Erneuerbare Energien: Schlag gegen die Windkraft-Lobby*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 28. Juli 2024

=====

Dagmar Jestrzanski (Red. PAZ)*

Wegen unzumutbarer Geräusch-Emissionen :

Frankreich stellt Weiterbetrieb von Windparks in Frage

=====

Überraschend hat Frankreichs Staatsrat am 8. März einer Klage des Umweltschutz-Dachverbands „Fédération Environnement Durable“ (FED) stattgegeben. Der Verband hatte moniert, dass die Umweltprüfung für terrestrische Windparks gegen geltende Gesetze verstoße und Bürger durch die Geräuschemissionen von Windkraftanlagen unzumutbar belästigt würden.

Der Klage des FED hatten sich 15 regionale Umweltschutzverbände und Anti-Windkraft-Initiativen angeschlossen. Mit seinem Beschluss hat Frankreichs höchstgerichtliche Instanz die amtlichen Erlasse bezüglich der Lärmschutzprotokolle für Windparks an Land für unzureichend und gesetzeswidrig erklärt. Sämtliche Genehmigungen für bereits bestehende Windkraftanlagen wurden infolgedessen annulliert.

In einer internationalen Presseerklärung gab der FED hochofrend die Entscheidung des Staatsrats bekannt. Die Entscheidung wird als richtungweisend für die Energiepolitik Frankreichs aufgefasst. Die Konsequenzen für bestehende und in Planung befindliche Windparks an Land sind derzeit noch nicht abzusehen. Sie betreffen auch Fragen zur Wirtschaftlichkeit vorhandener Windparks auf Grundlage neuer Vorschriften.

Möglicherweise soll die im Nachbarland extrem unbeliebte Windenergie an

Land stark zurückgefahren werden. Das Urteil wirft auch ein Licht auf die tiefe Kluft zwischen Deutschland und Frankreich hinsichtlich der Bürgerrechte und des Umweltschutzes. Diese Rechte wurden zuletzt in Deutschland im Zuge des Ausbaus der Windenergie in jedem Jahr, mit jeder Überarbeitung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), weiter beschnitten. Stattdessen wurden die Rechte der Windkraft-Investoren und -Unternehmen gestärkt, desgleichen die Rechte der Gemeinden und Landkreise. Diese dürfen die Geldangebote der Windkraft-Investoren als „Preis“ für die Genehmigung zum Bau neuer Windparks annehmen, selbst wenn eine Mehrheit der Einwohnerschaft diese Vorhaben strikt ablehnt.

Bedenklich ist, dass Deutschlands Leitmedien den aufsehenerregenden Urteilsspruch ignorieren. Hierzulande hätte eine derartige Klage keine Chance, auch weil sich der Umweltverband NABU immer seltener auf die Seite der Bürger stellt, selbst wenn es um den Schutz der Wälder und intakter Ökosysteme geht.

Lediglich das Portal „de.dayfr.com“ informierte über das Urteil des französischen Staatsrats und verwies auf die Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich hinsichtlich der Bürgerrechte: „Insgesamt beobachten wir ein staatliches Bewusstsein für die Windverschmutzung. Ganz klar: Diese Entscheidung des Staatsrates ist ein Rückschlag für die Windenergielobby! ‚Mit seiner Entscheidung machte der Staatsrat das von Windenergieunternehmen selbst entwickelte Protokoll zur Messung der Lärmbelastigung durch Windkraftanlagen überflüssig‘, erklärt Fabien Bouglé, führende Persönlichkeit der Gegner der Entwicklung dieser Energie. Mit anderen Worten: Anwohner, die Opfer der Lärmbelastigung durch Windkraftanlagen sind, verfügen (in Frankreich) über ein besseres gesetzgeberisches Arsenal, um sich vor dem Staat Gehör zu verschaffen.“

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 22. März 2024, S.7; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie der Autorin **Dagmar Jestrzanski** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text*: EIKE-Redaktion.

=====